

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Expedition Morisplan 15195-97
Expedition Morisplan 11753-54

Freitag, den 2. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morisplan 11753-54

Das Weltschuldenproblem.

Washington, 2. Juni. (EP.) Das Finanzdepartement gibt bekannt, daß es die französische Regierung eingeladen hat, eine Kommission nach Washington zu senden, um mit dem Finanzdepartement über die Rückzahlung der französischen Schuld an Amerika zu unterhandeln. Die französische Regierung habe bereits eine zustimmende Antwort erteilt.

Paris, 2. Juni. (EP.) Die „Albert“ schreibt: Der Versuch, das Reparationsproblem durch eine finanzielle Kombination zu lösen, führt zu einem anderen Problem, nämlich das der Kriegsschulden. In dem Augenblick, wo Frankreich glaubt, Geld zu bekommen, verlangen seine Alliierten Geld von ihm. Man glaubt an einen bösen Traum, aber es ist leider Wirklichkeit.

Frankreichs Gegenforderungen.

London, 2. Juni. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, die Franzosen lehnten es ab, dem Vorschlag zuzustimmen, daß, bevor eine Anleihe ausgeben wird, sie sich zu neuen beträchtlichen Opfern in ihren Forderungen an Deutschland bereit erklären müßten. Nur eine wesentliche Kompensation könne die Franzosen veranlassen, weiteren Opfern zuzustimmen. Es sei klar, daß eine verhältnismäßig geringe Summe nicht genügen würde, um von den Franzosen zu erreichen: 1. die Aufgabe der Pfandrechte auf Deutschlands Eigentum zugunsten der Unterzeichner der Anleihe und 2. Preisgabe ihrer Rechte, in letzter Linie militärische Mittel anzuwenden. Frankreich stehe aber anscheinend der Tatsache gegenüber, daß, so bereit es auch sei, irgendeine Art von befriedigendem Uebereinkommen anzunehmen, es seine Ansprüche auf Wiedererstattung der Summen nicht aufgeben könne, die es bereits für Reparationen ausgegeben habe. Der Berichterstatter schließt: Im Mittelpunkt bleibt das Problem der Anleihe. Ueberraschende Wendungen könnten nächstens, möglicherweise innerhalb der aller nächsten Tage, erwartet werden.

Reise im Morgan-Komitee?

Paris, 2. Juni. (WTB.) Der „Matin“ schreibt: Der Internationale Anleiheauschuss habe, nachdem er wieder zwei Tage verammelt war, eine erneute Verlotung um eine Woche beschlossen. Diese Tatsache mache schon an sich keinen guten Eindruck. Auf Grund der Nachrichten, die trotz der Diskretion durchgedrungen seien, könne aber sogar von einem wenigstens vorübergehenden Scheitern der Arbeit des Ausschusses gesprochen werden. Man sei an dem Punkt angekommen, an dem die auswärtigen Bankiers die Frage gestellt hätten: Was schuldet Deutschland den Alliierten? Die Antwort habe gelautet: 132 Milliarden Goldmark. Hierauf sei dann erwidert worden: man könne doch von den Ersparnissen der Welt nicht 132 Milliarden Goldmark

verlangen, sondern müsse eine den Verhältnissen angemessene Ziffer fordern. Darauf sei keine Antwort erfolgt, da keinerlei Bedingungen beständen, die den Franzosen gestattet, eine Verminderung der deutschen Schuld ins Auge zu fassen.

Der „Matin“ sucht festzustellen, daß es nicht Frankreich allein sei, das der Verwirklichung einer Anleihe Hindernisse bereiten wolle. Auch die Regierungen, die einen Schritt zum Entgegenkommen zeigten, könnten ihn nicht unternehmen. Amerika, das schließlich die alliierten Kriegsschulden herabsetzen könne, verlange deren Zahlung, und England spreche nicht mehr von irgendwelchem Verzicht.

Der Berichterstatter des „Matin“ will von einem hochstehenden Staatsmann erfahren haben, daß innerhalb der kommenden acht Tage, während deren die Arbeiten unterbrochen würden, die Regierungen unter sich verhandeln würden. Es sei aber wenig wahrscheinlich, daß sie zu einer Lösung des Problems gelangen würden. Auf alle Fälle werde die Reparationskommission das Problem nicht lösen. Die Regierungen selbst würden früher oder später gezwungen sein, die Verantwortung zu übernehmen.

Die Organisation der Finanzkontrolle.

Paris, 2. Juni. (EP.) Nach dem „Journal“ wird das Garantiekomitee nächste Woche seinen Sitz endgültig nach Berlin verlegen. Die Reparationskommission wird nach der gleichen Quelle nächstens eine neue Mitteilung an die deutsche Regierung machen, worin sie die Organisation der Finanzkontrolle auseinandersetzen wird.

London, 2. Juni. (WTB.) Reuter meldet aus New York, daß Robert Michael Friedsam morgen nach Europa fahren werde, um auf Ersuchen des Präsidenten Harding eine eingehende Untersuchung der geschäftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf den britischen Inseln und auf dem Kontinent anzustellen. Der Bericht wird der amerikanischen Regierung unterbreitet werden.

Die Valutafrage.

Paris, 2. Juni. (EP.) Die internationale parlamentarische Handelskonferenz nahm am Donnerstag eine Entschließung an, in der die europäischen Regierungen ersucht werden, die weitere Ausgabe von Papiergeld einzustellen und das Gleichgewicht des Budgets durch Ersparnismaßnahmen zu erzielen. Sie fordert, daß Erleichterungen geschaffen werden, um so bald wie möglich die Reparationsobligationen auf allen Märkten Europas zu handeln. Sie schlägt die Einberufung einer Sachverständigenkonferenz für die Lösung der Valutafrage vor. Die Konferenz machte noch den Vorschlag, daß an der Konferenz der Emissionsbanken, die nächstens in London zusammentreten wird, die Finanzminister der europäischen Länder vertreten seien.

Die Konservativen gegen Lloyd George.

London, 2. Juni. (EE.) 11 Peers und 30 konservative Abgeordnete veröffentlichten gestern abend in London folgende Rundgebung: Es ist höchste Zeit, der englischen öffentlichen Meinung das Heilmittel bekanntzugeben, das man braucht, um allen Uebeln ein Ende zu bereiten. Die chaotische Lage in Irland, die konfuse Außenpolitik, die traurige industrielle Lage, die hohe Besteuerung und der Stillstand im Handel, alles das könnte unmittelbar geheilt werden, wenn England sich dem Konservatismus vollkommen verschriebe.

Neue Krise in Irland.

Die Spannung zwischen Irland und England hat sich plötzlich erheblich gesteigert. Man befürchtet, daß der Pakt zwischen dem Freund einer Verständigung mit England, Collins, und dem unentwegten Republikaner De Valera zu einer Auslösung einer unabhängigen Republik Irland führen könne. Das würde den Bruch mit England bedeuten, der Zwangsmassnahmen von englischer Seite erfordert. Churchill gab gestern im Unterhause diesbezügliche Erklärungen ab. Er wies auf den Ernst der Allianz zwischen Collins und De Valera hin und erklärte, daß De Valera von der englischen Regierung aufgefordert werden wird, die Verpflichtungen zu übernehmen und den Vertrag von Downingstreet zu respektieren. Wenn De Valera dies verweigere, und wenn er Mitglied der Regierung des Freistaats werden würde, so wird die Regierung von London ihre Freiheit, was die Regierung von Südirland betrifft, wieder zurückzunehmen.

Schwierigkeiten der Haager Konferenz.

Die amerikanische Regierung hat endgültig abgelehnt, einen offiziellen Vertreter auf die Haager Konferenz zu schicken. Die französische Regierung teilte der italienischen Regierung mit, daß sie demnächst ihre Ansichten über die Haager Konferenz und die Bedingungen, unter denen dort die Verhandlungen über Russland wieder aufgenommen werden sollen, mitteilen werde.

Pachtschuhordnung und Reichswirtschaftsrat.

Nachdem der Vorläufige Reichswirtschaftsrat in seiner gestrigen Sitzung trotz des Einspruchs von Aufhäuser die Ausschlußbeschlüsse über das Versicherungsgebot für Angestellte angenommen hatte, beschäftigte er sich in seiner heutigen Sitzung mit der Verlängerung der Pachtschuhordnung. Hierzu hatte der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen mehrere Änderungen verlangt, die die Geltung des Gesetzes u. a. auf eine nur einmalige Anrufung des Pachteinigungsamtes während der Dauer von zwei Jahren beschränken. Zudem sollte der Pachtschuh nur für Grundstücke bis zu einer Größe von 2,5 Hektar, anstatt wie vorgesehen 10 Hektar, Anwendung finden. Dagegen richtete sich ein Antrag der Arbeitervertreter, der von Gen. Albrecht begründet wurde und der zugleich eine Reihe von Verbesserungen verlangte. Albrecht legte dar, daß in einzelnen Fällen die Pacht heute schon über den Goldwert der Vorkriegsjahre hinausginge! Bei der Abstimmung wurde der Antrag Albrecht angenommen. Der Geltungsbereich des Gesetzes wird auf 10 Hektar eingestellt, paßt sich aber im Einzelfall der Größe des von einer Familie zu bewirtschaftenden Grundstücks an. Der Gesetzentwurf, insbesondere sofern er den wirtschaftlichen Schutz der Verpächter vorsieht, wird auch auf Jagd und Fischerei ausgedehnt; die eine soziale Ausgestaltung des Gesetzes hemmenden Teile des Gutachtens wurden gestrichen.

Die auf der Tagesordnung vorgesehene Beratung des Hausgehilfengesetzes und der Zwangsanleihe wurde vertagt.

Dollar: 269.

Entsprechender Kurssteigerung der Mark an der gestrigen New Yorker Börse wurde heute vormittag im Verkehr zwischen den Berliner Banken der Dollar mit 264 bis 265 gehandelt. An der Börse trat jedoch eine merkliche Befestigung der Devisenkurse ein, die in der Hauptsache auf den dringlichen Devisenbedarf des Inlands zurückzuführen ist. Außerdem beeinflusste die Unterbrechung der Anleiheverhandlungen in Paris die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Um die Mittagstunde wurde der Dollar mit 269 bis 270 gehandelt. Am Effektenmarkt herrscht stilles Geschäft.

Kleinwohnungsbau.

Von Dr. ing. Martin Wagner.

Gibt es einen Wohnungsbau für Minderbemittelte? — Die Antwort auf diese Frage ist eine sozial-wirtschaftliche Satyre. Als der Wohnungsausschuss des Reichstages am 4. November 1921 dem Reichstage ein Wohnungsbauprogramm von jährlich 200 000 Wohnungen unterbreitete, betrug die Baukosten für eine Kleinwohnung von 70 Quadratmetern Wohnfläche etwa 90 000 bis 100 000 M. In einem Aufsatz „Der Wohnungsneubau in Gefahr!“ wies ich am 25. Januar d. J. im „Vorwärts“ darauf hin, daß die fortlaufend steigenden Baukosten das ursprünglich vorgesehene Bauprogramm von Monat zu Monat einschränken werden und daß die aus der Wohnungsabgabe fließenden 3 Milliarden Mark im Mai d. J. gerade ausreichen werden, um 20 000 und nicht 200 000 Wohnungen erbauen zu können, wenn die Wohnungsabgabe direkt dem Wohnungsbau zugeführt und nicht dazu verwandt wird, eine Anleihe zu verzinzen und zu tilgen. Diese Vorausberechnung fand im Januar noch Ungläubige. Heute zeigt es sich, daß die damalige Annahme des Verfassers noch zu optimistisch gewesen ist.

Im August 1921, als der Unterausschuss des Reichstages das Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 beriet, waren die Baustoffpreise auf das 14fache der Friedenspreise gestiegen. Im Januar 1922, als das Wohnungsabgabengesetz zur Beratung stand, waren die Baustoffpreise auf das 28fache der Friedenspreise gestiegen. Heute (im Mai) betragen sie nicht — wie im Januar angenommen — das 35- bis 40fache, sondern etwa das 70fache der Friedenspreise. Eine Kleinwohnung, die im Frieden 6000 M. und im November 1921 90 000 bis 100 000 M. kostete, ist heute nicht unter 350 000 bis 400 000 M. herzustellen.

Der Verfasser verlangte schon im Januar d. J., daß die Städte und Gemeinden mit steigender Geldwertvermehrung die Möglichkeit erhalten, die Wohnungsabgabe zu erhöhen und daß der Ausgleichsfonds des Reiches gleichfalls erhöht werde, damit das Reich den Baustoffwucher, auf den die Steigerung der Baukosten in erster Linie zurückzuführen ist, nachdrücklich bekämpfen kann.

Nach dem Wohnungsausschuss des Reichstages und der Reichstag selbst haben es damals abgelehnt, dem Reiche 500 Millionen Mark zur Bekämpfung des Baustoffwuchers zur Verfügung zu stellen. Ja, selbst ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums lehnte eine besondere Baustoffbewirtschaftungsstelle entschieden ab. Die Folge dieser wenig weitblickenden Beschlüsse ist die, daß die Allgemeinheit heute das Vierfache der Novemberpreise zahlen muß oder nur den vierten Teil des damals aufgestellten Bauprogramms zur Ausführung bringen kann.

Ganz abgesehen von der gewaltigen Einschränkung der Neubauprogramme der Städte und Gemeinden hat die fortlaufende Preissteigerung auf dem Baumarkt eine völlige Verschlebung der Zweckbestimmung der Neubauten herbeigeführt. Gingen wir im August 1921 und auch noch im Januar dieses Jahres von dem Grundgedanken aus, daß die Wohnungsabgabe, die zu 80 bis 90 Proz. von Kleinwohnungen und der minder bemittelten Bevölkerung erhoben wird, dazu beitragen soll, der gleichen Bevölkerungsschicht neue Wohnungen zu errichten, so ist heute festzustellen, daß die Wohnungsabgabe sowie die sonstigen von der Allgemeinheit aufgebracht Mittel nicht den Minderbemittelten, sondern fast ausschließlich den begüterten Kreisen zufließen. Für eine Kleinwohnung, die heute 400 000 M. kostet, sind bestenfalls 100 000 M. Zuschüsse zu erhalten. Abzüglich der nur beschränkt käuflich zu machenden Hypotheken muß der Inhaber oder der Mieter einer neu errichteten Kleinwohnung aus eigener Tasche 250 000 bis 275 000 M. aufbringen, wenn er sich in den Genuß eines eigenen Heims setzen will.

In den Geschäftsberichten der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaften findet sich immer wieder der Satz:

„Im Jahre 1922 kann auch eine einfache Kleinwohnung nur ein vermögender Mann bauen, da die Zuschüsse im Verhältnis zu den Baukosten zu niedrig sind und die Belastung zu gering ist. Für wirklich „Minderbemittelte“ können nur noch Werkwohnungen gebaut werden. Es wäre gut, wenn die Öffentlichkeit sich hierüber klar werden und die notwendigen Schlüsse ziehen würde.“

War das der Wille der gesetzgebenden Körperschaften, als sie die Wohnungsabgabe beschlossen? War diese Entwicklung der Wille der sozialistischen Parteien, als sie der Wohnungsabgabe ihre Zustimmung gaben?

Die auf einen Ertrag von 3 Milliarden Mark veranschlagte Wohnungsabgabe reicht nicht im entferntesten aus, um die verlorene Baustoffzuschläge für den dringendsten Neubaubedarf zu decken. Die sozialen Versicherungsanstalten, insbesondere die Landesversicherungsanstalten und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte haben sich — wenigstens in Preußen — entschlossen, unter Garantie des Staates aus ihren flüssigen Mitteln namhafte Beträge für den Neubau von Kleinwohnungen bereitzustellen. Fest steht heute, daß die überwiegend von minderbemittelten Volksschichten aufgebrauchte

Wohnungsabgabe und die gleichfalls von den minderbemittelten Kopf- und Handarbeitern aufgebracht Versicherungsbeträge nicht dem Wohnungsbau der minderbemittelten Volksschicht, sondern dem Wohnungsbau begüterter Volksschicht zugeführt werden. Ist diese Entwicklung der Wille des Reichstages und der Landesparlamente? So fragen wir von neuem. Vor allem aber: Ist diese Entwicklung der Wille der minderbemittelten Hand- und Kopfarbeiter, die die Versicherungsbeträge aufbringen?

Wenn nun die Geldentwertung und das unzureichend zur Verfügung gestellte Baukapital den Bau von Wohnungen für minderbemittelte Volksschicht unmöglich machen, darf dann der zum Schutz der Volksinteressen geschaffene Behördenapparat den Wohnungsbau in unerträglicher Weise hemmen und ihn noch weiter verteuern? Dem Verfasser sind zahllose Fälle bekannt, wo den Siedlungsunternehmungen die Bau- und Siedlungsgenehmigung verlagert wurde, weil Formalien nicht erfüllt waren und ohne Schuld der gemeinnützigen Bauherren nicht rasch erfüllt werden konnten. Jede Woche der Verzögerung der Baugenehmigung brachte dem gemeinnützigen Wohnungsbau in den letzten drei Monaten eine Vertiefung der Baukosten um je das Dreifache des Friedenspreises. Mit dieser Vertiefung wurde jedes Finanzprogramm über den Haufen geworfen. Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel. Bureaurotation war schon vor dem Kriege ein Luxus, heute ist sie ein Verbrechen am sozialen Volkstörper.

Frägt man die dem sozialen Wohnungsbau feindlich gesinnten Kreise nach den Ursachen der Baukostenvertiefung, so wird man stets die Antwort erhalten: „An der Baukostenvertiefung sind die hohen Löhne schuld!“ Wie steht es in Wirklichkeit mit den hohen Baustoffpreisen und Löhnen?

Nach der Indeziffer, die die vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegebene Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“ an jedem Monatsersten veröffentlicht, waren die Baustoffpreise Anfang Mai dieses Jahres auf das 68fache der Friedenspreise, die Arbeitslöhne für eine Kleinwohnung aber nur auf das 4fache der Friedenslöhne gestiegen. Rechnen wir diese in Papiermark angegebene Vertiefung auf Goldmark um und sehen wir eine Goldmark gleich 60 Papiermark, so müssen wir feststellen, daß die Baustoffpreise heute den Goldmarkpreis um etwa 13 Proz. überschritten haben. Die für eine Kleinwohnung aufzubringenden Arbeitslöhne indessen sind um etwa 43 Proz. gesunken, d. h. die Bauarbeiterschaft gibt heute ihre Arbeitskraft für den Kleinwohnungsbau um 43 Prozent billiger ab als im Frieden, die Baustoffherzeuger und Baustoffhändler verkaufen ihre Baustoffe um 13 Proz. teurer als im Frieden. Wer angesichts dieser Tatsache von einem Abbau der Löhne und nicht vom Abbau der Baustoffgewinne sprechen will, der sollte auch den Mut haben, sich frei und klar zur mittelalterlichen Raubbauwirtschaft zu bekennen.

Was muß geschehen? Sofern die Reichsregierung die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten Richtlinien zu einem verstärkten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 und die gleichfalls vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und 18 anderen Gewerkschaften unterzeichneten Vorschläge zur gemeinwirtschaftlichen Regelung der Baustoffwirtschaft auch heute noch nicht anerkennen, geschweige denn durchzuführen will, müssen die minderbemittelten Volksschicht, insbesondere aber auch die Arbeiterklasse selbst zu der Frage Stellung nehmen, ob sie die von ihnen ausgebrachte Wohnungsabgabe und die von ihnen aufgebracht Kapitalen der Sozialversicherungen auch fernerhin einer Volksschicht zur Verfügung stellen wollen, die an der Aufbringung dieser Mittel keinen oder nur einen geringen Anteil hat. Die Bauarbeiter werden sich überlegen müssen, ob sie den bemittelten Kreisen 43 Proz. ihrer Arbeitskraft auch fernerhin opfern können.

Die Reichsregierung sollte diesem kommenden Konflikt vorbeugen und schleunigst einen durch Sachverständige zu verstärkenden parlamentarischen Ausschuss einsehen, der der Wohnungsabgabe den vom Gesetzgeber gewollten sozialen Sinn

zurück gibt und die minderbemittelten Kreise vor der Ausbeutung durch das Privatkapital schützt.

Wenn in den nächsten Monaten die Arbeitslosigkeit in der Industrie einsehen sollte, wird das Baugewerbe, das vom Auslandsmarkt unabhängiger ist als jede andere Industrie, zum stärksten Stützpunkt der deutschen Volkswirtschaft und des sozialen Friedens werden können. Die gegenwärtige sozialwirtschaftliche Struktur in der Bauwirtschaft ist aber nicht geeignet, sie zum Fundament einer sozialen Nothilfe zu machen, wenn eine der wichtigsten Aufgaben, die die deutsche Volkswirtschaft heute zu bewältigen hat — die Befreiung der Wohnungsnot — in einer Form gelöst wird, die naturnotwendigerweise den Unwillen und die Empörung nicht nur der minderbemittelten Bevölkerung, sondern auch der Arbeitnehmer des Baugewerbes auslösen muß.

Ein Rückzug in der „Dolchstoß“-Frage.

Die Tübinger Rede des Generals v. Deimling, die der Dolchstoßlegende den Gnadenstoß versetzt, gibt der „Kreuzzeitung“ Anlaß, in ihrer üblichen Manier gegen den höchst lästigen Zeugen mit persönlichen Angriffen vorzugehen. Sie macht dunkle Andeutungen über den „Gotteszustand“ des Generals, der sein Kommando „wegen übergroßer Nervosität“ habe vorzeitig niederlegen müssen. Ob diese Mitteilung in bezug auf Deimling stimmt, wissen wir nicht, dagegen weiß alle Welt auf das Bestimmteste, daß sie auf seinen Antipoden in der Dolchstoßfrage, Ludendorff, vollkommen zutrifft. Dieser Mann war es, der, nachdem er mit seinen Reden zusammengebrochen war, die Dolchstoßlegende zur höchstpersönlichen Selbstverteidigung in die Welt setzte.

Sachlich fühlt sich die „Kreuzzeitung“ aber so sehr in die Ecke gedrängt, daß sie nun mit einemmal erklärt:

Es hat noch kein Vernünftiger und Sachkenner behauptet, daß der „Dolchstoß“ allein unsere Katastrophe herbeigeführt hätte, wohl aber daß er ganz wesentlich zu unserem Unglück beigetragen hat.

Wenn wir die deutsch-nationale Grammatik richtig verstehen, so soll damit gesagt sein, daß die Behauptung, der „Dolchstoß“ habe allein die Katastrophe verursacht, mit Vernunft und Sachkenntnis unvereinbar sei, in Wirklichkeit habe er nur zu Deutschlands Unglück beigetragen, allerdings „ganz wesentlich“.

Das ist ein höchst bemerkenswertes Geständnis. Bisher haben wir immer gehört und gelesen, der Dolchstoß sei allein an allem Unglück schuld. Jetzt erfahren wir, daß es sich nur um ein Prozentverhältnis handelt und daß jeder, der etwas anderes behauptet, unvernünftig sei und von der Sache nichts verstehe. Weshalb hat die „Kreuzzeitung“ die Güte, sich einmal darüber zu äußern, inwiefern andere Faktoren — Verlegen des monarchistischen Systems, solche Einschätzung der Gegner, Fehler der Kriegsführung, Kriegsverlängerung und Amortisationshege, Nichtachtung und Entwertung der breiten Volksmassen, Irreführung der öffentlichen Meinung u. a. — an der Katastrophe Mitschuld tragen, dann wird sich zum Schluß herausstellen, daß der sogenannte „Dolchstoß“ nur eine Folge jener Fehler von oben war, die die Sozialdemokratische Partei, die Trägerin des Verteidigungsgedankens, vor dem Krieg und während des Kriegs unablässig bekämpft hat.

Das Beamtenrätegesetz.

Die erste Lesung des Beamtenrätegesetzes im 23. Ausschuss des Reichstages ist beendet. Das Ergebnis ist ein Torso. Vom Regierungsentwurf ist wenig übrig geblieben. Die entscheidenden Fragen: Befugnisse, Mitbestimmungsrecht, Schlichtungsstellen und Schutz der dem Gesetz zu unterstellenden Arbeiter und Angestellten blieben ungelöst. Außer einigen flizzierenden Strichen über das, was die Beamtenräte im großen und ganzen zu tun haben, findet sich über all diese Dinge in der gegenwärtigen Fassung des Gesetzentwurfes kein Wort. Das kommt daher, daß der Ausschuss mit 14 gegen 14 Stimmen — Linksparteien und Demokraten gegen die übrigen bürgerlichen Parteien — nicht nur sämtliche Verbesserungsvorschläge zu den entscheidenden Paragraphen, sondern auch die Regierungsvorlage selbst ablehnte und

damit bewies, daß er in seiner letzten Zusammensetzung arbeitsunfähig ist. Um nicht die Zeit mit unnützen Debatten zu verstreuen, hat man daraufhin den Rest der Vorlage gestrichen.

Aus dem Chaos einen Ausweg zu suchen, ist zunächst den Regierungsparteien überlassen worden. Jedoch ist man bisher keinen Schritt weiter gekommen, da es trotz aller Bemühungen nicht möglich war, verschiedene der beteiligten bürgerlichen Abgeordneten zu einer Besprechung zusammen zu bekommen. Infolgedessen ist die Klärung der Angelegenheit nunmehr offiziell von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD. übernommen worden.

Es wird abzuwarten sein, ob die Besprechungen zu einem greifbaren Ergebnis führen werden. Die Hoffnung ist nicht groß, weil gerade in den Differenzpunkten sich die Ansichten auch zwischen den Regierungsparteien ziemlich scharf gegenüberstehen. Hinzu kommt, daß weder die Haltung der Demokraten, noch die des Zentrums in diesen Dingen einheitlich ist. Möglicherweise, daß die Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden an den Besprechungen vermindert und fördernd wirken wird. Notwendig ist aber, daß sich die beiden bürgerlichen Regierungsparteien zunächst innerhalb ihrer Fraktionen über die Kardinalpunkte klar werden. Dieses ist bis jetzt nicht der Fall.

Wenn in den nunmehr vorliegenden Entwurf diese oder jene wirkliche Verbesserung hineingekommen ist und auch hier und da ein offener Fortschritt verzeichnet werden kann, so ist dies hauptsächlich dem unermüdlichen Kampfen der SPD. Vertreter im 23. Ausschuss zu verdanken. Dem Betriebsrätegesetz folgend haben sie eine Reihe von Anträgen gestellt, die sich eng an jenes Gesetz anlehnen und zum großen Teil auch Annahme fanden. Auch die Beamtenräteverordnung des Reichsverkehrsministeriums und der bekannte gemeinsame Entwurf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie des Deutschen Beamtenbundes für ein Beamtenrätegesetz sind bei Stellung der Anträge berücksichtigt worden. Leider muß aber festgestellt werden, daß eigentlich alle Anträge, die entscheidende Fragen berührten und sich nicht nur mit einem vorsichtigen freihändlerischen Vorschlägen begnügten, sondern entschieden vorwärts schreiten wollten — etwa in der Richtung der Wünsche des ADGB. und DBB. — von der geschlossenen bürgerlichen Front abgelehnt wurden. Es machte sich dabei das eigenartige und die moderne Beamtenfrage in ihrer ganzen Breite und Tiefe grell beleuchtende Bild bemerkbar, daß die in den bürgerlichen Parteien als Abgeordnete sitzenden Beamten, die im Deutschen Beamtenbund gewerkschaftlich organisiert sind, nicht im entferntesten daran dachten, auch nur den Gedankengängen ihrer Spitzenorganisationen zu folgen, geschweige denn deren Forderungen zu erfüllen und für sie zu kämpfen. Das Lindbergh der sogenannten „parteilich-politisch-neutralen“ Organisation trat hier mit rücksichtsloser Deutlichkeit zu Tage. Der Deutsche Beamtenbund täte deshalb besser, anstatt sich jetzt über die Unfruchtbarkeit der Arbeiten des 23. Ausschusses zu entrüsten und sie zu bespötteln, seinen ganzen Einfluss aufzubieten, um jene Abgeordneten, die seine Mitglieder sind und denen das elende Ergebnis der ersten Ausschusslesung allein zu danken ist, auf seine Linie zu bringen.

Eine auch von uns niedergelegte Nachricht der Telegraphenunion, daß die Weiterberatung des Beamtenrätegesetzes bis zum Herbst vertagt worden ist, entspricht, wie wir hören, erfreulicherweise nicht den Tatsachen. Die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien, die zu einer Verständigung führen sollen, werden gleich nach Zusammentritt des Reichstages wieder aufgenommen werden. Diese Verständigung konnte bisher nicht erzielt werden, weil, wie schon bemerkt, zu den Sitzungen, die zu diesem Zweck angefangen waren, außer den beiden der SPD. angehörenden Abgeordneten nur einer von den vier geladenen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien erschienen war. Die Sitzungen konnten also nicht stattfinden.

Radek ist einer Meldung der „Ruf Press“ zufolge zusammen mit dem Mitglied der russischen Genue-Delegation Witwinski von Berlin nach Moskau abgereist.

Der Aufstand in Georgien. Aus Tiflis wird gemeldet, daß die Bolschewisten den gegenrevolutionären Aufstand in Suwara vollständig niedergelassen haben. Die Rebellenführer, die in die Hände der roten Soldaten fielen, sind lebendig verbrannt worden.

Spuk.

Mit dem Schlage Mitternacht begann es. Nacht für Nacht. Zuerst scharrt es an meiner Tür vorbei. So als ob ein detronierter Jemand sich am Treppengeländer hinaufstützte. Dann ist's über mir. An der Hängelampe bemerke ich, daß die Zimmerdecke schwankt. Die Glasstäben, die das Gell der Lichtbirne abdämpfen, klirren leise aneinander. Einige Fliegen, aus dem Schlafe erschreckt, kreisen zankend um das Licht. Jetzt knarrt ein Tisch, stöhnt ein Stuhl, ächzt eine Bettstatt. Genau über meinem Bette. Und das Zimmer über mir scheint doch unbewohnt. Wenigstens höre ich tagsüber nie einen Laut oder ein Geräusch, das auf das Gegenteil schließen ließe. Wieder ist's da. Diesmal klirrt Wäschegeflirr. Ein kleines Weinen, wie das eines aus dem Schlaf gerissenen Kindes, steht auf und eine beruhigende Mitstimme legt sich sonst darüber. Das Weinen erstickt. Bald rührt sich wieder das Klirren, dem ein Stoß gegen die Zimmerdecke folgt, als stürze jemand zu Boden. Nach einer kurzen Pause beginnen plötzlich Tische und Stühle durcheinander zu poltern, Teller, Töpfe springen an die Wände, um zuletzt auf dem Fußboden mit trübseligem Gelächter zu zerschellen. Da ist auch wieder das verängstigte Kinderweinen und eine gequälte Frauenstimme.

Der Hegenabbal schläft mit einem dumpfen Fall. Zuletzt wird etwas Schmeeres, Veblofes über den Dienen geschleift, ein Bett knarrt, und der Spuk ist wieder einmal zu Ende. Die Glasstäben meiner Lampe klirren ein wenig auseinander, als ob Weinkelche fliegen. An schönen Tagen stand vor meinem Fenster eine junge bleiche Frau über ein Wäschestoff gebeugt und rieb sich die Hände wund. Daneben, in einem Wäscheforb, sah ein bleichsüchtiges Kind mit einem Wassertopfe und Duellaugen. Wassertöpfe werden im Alkoholaustausch gezeugt — sagt die Medizin. So oft ich vorüberging, hücte sich die Wäscherin so tief, daß ich ihre Augen nicht sehen konnte.

Und einmal kam der Spuk nicht zu Ende. Mitten drin gab's einen herrlichen Schrei, einen dumpfen Fall, ein Köcheln. Selbstige Nacht vermochte ich nicht mehr einzuschlafen. Am folgenden Vormittag trug man einen schmucklosen Armensarg an meinem Fenster vorbei. Leicht hin, schwer zurück. Den Spuk hatte man abgeholt. Der Spuk hatte ein ausgebundenes Gesicht und eine violette Säuferrase. Sonst sah er wie ein Mensch aus.

An schönen Tagen reibt die junge Frau wieder vor meinem Fenster Fremdeleutwäsche. Ihre Bewegungen sind jetzt merkwürdig fröhlicher, ihr Blick ist freier, wie der eines erlösten Menschen. Der Spuk ist tot. Nur ein Schatten von ihm ist noch da. Das Wesen neben der Frau im Wäscheforb. Lebt zwischen Tag und Nacht. Augenblicklich aber liegt Frühlingssonne auf dem kleinen Wassertopfe und zieht blonde Härchen heraus. S e p p.

Leibknecht (Sommerzeit). Drei Akte von Heinrich Mann. Was zur Wahl dieser vor Jahren mit Tilla Durieux in den Hauptrollen gespielten Mannschen Einakter geführt haben mag, ist nicht recht ersichtlich. Die kleine Bühne verfügt nicht über besondere Kräfte, die von sich aus die Mannschen Figuren in irgendeine fesselnde neue Beleuchtung hätten rücken können. Dagny Servais, die am besten hervortrat, verkörperte die weiblichen Gestalten in den ersten beiden Stücken mit kluger Steigerung der Effekte und öblicher Beherrschung der Routine. Aber der Eindruck des rein verstandesmäßig konstruierten, bei aller fliegenden Hilfe der Worte doch kaltem, das den Szenen anhaftet, blieb in der Darstellung ganz unvermindert. Dem Autor ist es wohl um leibliche Probleme zu tun. Aber er spielt sie grübelnd und paradox in einer Weise zu, die jede Möglichkeit intimer Ausgestaltung und Entwicklung ausschließt. Die Phantasie des Hörers geht nicht mit. Das Ganze mutet an als Schattenpiel der Reflexion, in dem statt realer Menschen Marionetten nach Diktat und Lösung eines ihnen fremden Willens agieren. Absonderlich verzwickte Fälle von Verwerflichkeit werden in abgekürztem Verfahren vorgeführt.

Im ersten Stückchen „Der Tyrann“ lockt ein kaum dem Knabenalter entwachsener, grauam blutiger Renaissance-Regent einem Weibe, das, selbst in ihn verliebt, als Rächerin ihn in der Liebestunde erstochen wollte, ihr Geheimnis ab und überläßt sie unbarbarisch der herbergerufenen Waise. — Das Verfallsstückchen und durcheinanderfallender Motive, bei dem der Zuschauer selbst am Ende im Zweifel ist, was Scheitern, was Wagnis sein soll, wird nach raffinierter und methodischer in der „Unschuldigen“ fortgesponnen. Von außen her gesehen erinnert das manches an Ibsen. Nur daß eben bei diesem die Dunkelheiten organisch aus dem Schöße des lebendig Angezogenen aufwachsen, während hier alles wurzellos in freier Luft schwebt. Eine Frau, die des Gattenmordes angeklagt war, spielt mit dem Manne, der als Verteidiger ihr zum Freispruch verholfen und sie nun zur Frau begehrt. Sie selbst bezichtigt sich vor ihm der Tat, in der Hoffnung, daß seine Liebe auch darüber hinweg käme. Als er nach ihrer Ansicht die Probe nicht genügend besteht, reißt sie sich von ihm los. — Den beiden tragisch gefärbten Szenen folgt als Abschluß die Grotteske „Variete“, eine satirisch grelle Schilderung aus den Kulissen geschminkter Bretterwelt. Allerhand Wendungen wurden stark belacht. Aber neben dem in Weiblichem Stile Grelle kommt der eigentliche Humor zu kurz. Die unwillkürlich aufsteigende Erinnerung an Horlebens in ähnlichem Milieu abspielende „Sittliche Forderung“ ließ dieses Ranko um so deutlicher empfinden.

Rußland und die Welt. Im Verlag für Politik und Wirtschaft ist ein hübscher Rankens erschienen: „Rußland und die Welt“. Man kennt Friedrich Ranken, den Polarforscher und Organisator des russischen Hilfswerts; man kennt ihn vor allem aus seinen Reden im Bötterbund, die ein Heer von Diplomaten erschütterten, ohne eine hilfreiche Hand in Bewegung zu setzen. Dieser Gegensatz zwischen heilestem Erleben und praktischem Tatwillen ist bezeichnend für unser heutiges Europa. Ranken sagt in seinem Hülfswort: „Wir bitten die sämtlichen Regierungen Europas um 5 Millionen Pfund Sterling insgesamt. Das ist nur die Hälfte von dem,

was ein modernes Schloßschiff kostet. Die Regierungen wollen aber nicht; sie bedauern, daß sie nicht können, nicht dürfen. Sie besprechen es, tagen tagaus, ohne Ergebnis. Monat für Monat vergeht, mittlerweile aber sterben die Menschen vor Hunger.“ Und Maxim Gorki, der russische Arbeiterdichter, der wie kein anderer die Tiererei Rußlands aufgefassen hat, hinter der das Licht des Menschlichen und der menschlichen Besehung in dümmenden Fernen leuchtet, klagt in seinem Nachwort: „Jetzt aber — glaube ich — hat Europa seine moralische Autorität als Schöpferin an Kulturwerten verloren.“ Auch das ist bezeichnend für den Zustand Rußlands, für den Zustand Europas. Bezeichnend für die Krise der geistigen Kultur, in der wir leben. Das Geleitwort zu diesen Bekenntnissen trägt den Namen G e h a r t H a u p t m a n n. Worte wärmster Anerkennung für Ranken, den Menschen; kein Wort für das hungernde, verhungende Rußland. Vielleicht ist auch das nicht ohne tiefere Beziehung. l e p.

Das Messengrab im Carinenshnee. Die Schneeschmelze am Col de Frejus, dem an der französisch-italienischen Grenze gelegenen Paß, hat zur Entdeckung der Leichen von 22 italienischen Arbeiter: geführt, die zusammen mit ihrem Führer bei der Wanderung über die bequeme, nach Frankreich führende Alpenstraße von niedergehenden Lawinen überrollt und verschüttet worden sind. Die ersten Nachrichten von dem Unglück, das in der Gegend der Alpen einzig dolchste, wurde von einer Grenzpatrouille überbracht, die abseits der Straße 10 Leichen gefunden hatte. Eine sofort aufgenommene Streife führte dann zur Auffindung von weiteren 13 Leichen, unter denen sich die einer Frau befand. Es ist anzunehmen, daß sich die aus 21 Mann und einer Frau bestehende Arbeiterkolonne im November vorigen Jahres der Führung eines jener Bauern anvertraut hatte, die sich ein Geschäft daraus machen, Waren und Menschen über die Grenze zu schmuggeln. Sie hatten bereits die französische Grenze überschritten und befanden sich in der Nähe des ersten französischen Dorfes, als sie von einem Schneesturm überrollt wurden, der sie zwang, zu rasten und Schutz zu suchen. Die Leichen wurden in lauernder Stellung gefunden; sie hatten ihre Läden über die Köpfe gezogen, erschüttert zu dem Zweck, um sich gegen den Sturm zu schützen, dessen Ende sie hier abwarten wollten. Sie hatten indessen die Rechnung ohne die Lawinen gemacht, die sie unter einer sieben Meter tiefen Schneedecke begruben.

Weimar gegen Berlin. Die Weimarer Mitglieder der Goethe-gesellschaft haben eine Ortsgruppe gebildet, um gegen die von Berlin ausgehenden Beeinträchtigungen, Weimar als händigen Tagungsort der Gesellschaft und dauernden Sitz dieser auszukümmern sowie eine Anzahl Mitglieder des Vorstandes hinaus zu wählen, Stellung zu nehmen. Die sehr bezweifelbare Goethegesellschaft, die die Berliner Mitglieder etwas renanzieren wollte, soll also nach dem Wunsch der angehenden Weimarer Goethemummen so unvollständig und unzulänglich bleiben wie bislang.

Im Waller-Theater findet Sonntag eine Wiederholung der Oper „Carmen“ statt. Womaa, ten & Karl, zum erstenmal in dieser Spielzeit. „Trois Adour“. Den Ranzies Anstalt Herr Walter von der Staatsoper, die Aquena Leide Conrad vom Stadtheater in Offen. Zur Feier des 100jährigen Bestehens des Instituts für Straßenmusik findet im Rahmen der Festsveranstaltungen am Donnerstag, 8. Juni, mittags 12 Uhr, in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche unter Mitwirkung des Orchesters Kurt Rosenhau ein Festkonzert statt.

Zucker ade!

Zucker, eines der wichtigsten Nahrungsmittel, gehört seit längerer Zeit zu den Luxuswaren, die auch trotz der vielgepriesenen freien Wirtschaft oft genug nur „Hinterherum“ durch besonders „gute Verbindungen“ und nach Zahlung höchster Preise zu erhalten sind. Tausende und Abertausende von Familien, die kleine Kinder haben, müssen auf den so nötigen Süßstoff verzichten, weil sie weder über jene guten Verbindungen noch über so hohe Einkommen verfügen, die ihnen die süße Kostbarkeit verschaffen könnten. Zucker ist natürlich da. Aber nicht für die Volksernährung, das bringt viel zu wenig Gewinn, es gibt heute ganz andere Möglichkeiten, die Erträge zu erhöhen. Als ein recht interessantes Beispiel zu diesem Thema ist eine Zuschrift anzusehen, die die Kartographen Gruppe des Deutschen Guttempler-Ordens an die „Frankfurter Zeitung“ gesandt hat, in der es heißt:

„Wir erlauben uns, die „Frankfurter Zeitung“ darauf aufmerksam zu machen, daß nach den Ausführungen des badischen Arbeitsministers Dr. Engler im Landtag nicht weniger als 3 1/2 Millionen Zentner Zucker (1) im vergangenen Jahre nach amtlichen Feststellungen in Alkohol umgewandelt worden sind. Das sind nur die Zahlen, die amtlich erfasst werden konnten. Wir hier im mittelbadischen Gebiet — im Nordschwarzwald der Schwarzbrennerei — wissen, daß im vergangenen Jahre der Zucker waggonweise in Schnaps umgewandelt wurde. Nachdem Kirchen, Zwickelchen, Getreide und Karosfeln verschnappt waren, mußte der Zucker heron. Weiter der 1921er Wein hatte infolge der heißen Witterung einen sehr großen natürlichen Zuckergehalt, er bedurfte durchaus keiner Zuckeringabe. Trotzdem erhielten die Weinbauern den Zucker zu diesem Zweck in großen Mengen. Wir wissen also, wo der Zucker hingekommen ist und wo er auch in diesem Jahre hinkommen wird. Wird Zucker zur Schokolade- oder Zuckerverarbeitung verwendet, so bleiben wenigstens die Nährwerte noch vorhanden. Anders bei der Umwandlung in Alkohol, wo die Nährwerte vollständig zum Teufel gehen. Wie lange noch kann diese verwerfliche Verwendung von Nahrungsmitteln getrieben werden? Es könnte noch darauf hingewiesen werden, daß nach amtlichen Feststellungen im Jahre 1921 (Ausführungen des badischen Arbeitsministers im Landtag)

22 Millionen Zentner Getreide und
25 Millionen Zentner Kartoffeln

in Deutschland, dem Lande der Unternerährung, veralkoholisiert wurden.“

Warum die Eier so teuer sind.

Alle Nachrichten, daß noch jetzt Eier beim Erzeuger für 80 Pfennig oder 1 M. auf gekauft werden, sind einfach schwindelhaft. Das war einmal. Die Preise für Futtermittel, besonders Gerste, ohne die eine ertragreiche Hühnerzucht nicht möglich ist, sind heute so hoch, daß den Hühnerhaltern das Ei schon fast ebenso teuer kommt, als wenn sie es kaufen. Aus kleinen Hühnerhaltungen ist daher für den Verkauf überhaupt nicht mehr viel herauszuwickeln. Die seit einigen Tagen gestiegenen Eierpreise sind natürlich wieder auf den bekannten Feiertagswucher zurückzuführen, an dem sich gleichmäßig so ziemlich alle Händlerkreise beteiligen.

Der städtische Haushaltsausschuß vertagt.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat gestern keine Verhandlungen abgebrochen und früher als beabsichtigt auf Donnerstag nächster Woche verlagert. Die Ursache hierfür lag in dem Umstand, daß der für gestern angelegte Beratung des Haushaltsplanes der Straßenbahn weder Stadtbaurat Dr. Wier, der auf Urlaub weilt, noch sonst ein Vertreter des Verkehrsamts oder der Straßenbahndirektion erschienen war. Von allen Seiten des Ausschusses wurde wegen dieser mangelhaften Vertretung des Magistrats lebhafter Mißstimmung Ausdruck gegeben und gegen die darin liegende Mißachtung des Ausschusses in entschiedenster Form Einspruch erhoben. Erst als der Haushaltsausschuß bereits seine Sitzung abgebrochen hatte, erschienen zwei Vertreter der Straßenbahndirektion. Diese mangelhafte Vertretung des Magistrats bei der wichtigen Haushaltsberatung wurde bereits gestern nachmittags im Verkehrsausschuß zur Sprache gebracht. — Im übrigen stimmte der Ausschuss den Haushaltsplänen der Steuern, zu denen Hauptsteuerdirektor Dr. Lange Ausführungen gab. Bei der Hundesteuer wurden die zu Belohnungen für Anzeigen steuerpflichtiger Hunde ausgelegten 10 000 M. gefürchten. Ueber den Haushaltsplan der Straßenbahn berichtete Stadtbaurat Dr. Michaelis (Nat.). Er kam zu dem Ergebnis, daß die Straßenbahn mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 700 Millionen Mark in das neue Jahr hineingehe. Der Berichterstatter empfahl, zur außerordentlichen Erneuerung 400 Millionen Mark einzusetzen, um das Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Verhaftung eines Sadisten.

Mehr als 100 Kindermisshandlungen.

Ein sadistischer Unhold, der seit längerer Zeit in der Gegend von Friedenau und Schwarzenberg sein Unwesen trieb, wurde gestern durch die Entschlossenheit der Mutter eines mißhandelten Kindes und eines Maschinenmeisters unschädlich gemacht. Wie wir bereits mitteilten, machte sich in jener Gegend ein junger Mann an kleine Mädchen heran, beschuldigte sie, auf dem benachbarten Gelände eine Laube beschmutzt zu haben, wies sich mit einer blauen Karte, die er stiehlt zeigte, als Polizeibeamter aus und forderte die Kinder auf, ihm nach der Laube zu folgen, wo er sie sadistisch in der schamlosesten Weise mißhandelte. Ueber 100 Anzeigen dieser Art liefen nach und nach bei der Kriminalpolizei ein, aber alle Beobachtungen blieben zunächst erfolglos.

Gestern hatte der Sadist wieder ein Mädchen so eingeschüchtert, daß es ihm nach einer Laube folgte, wo er es in seiner Art schwer mißhandelte. Das Kind lief darauf zur Mutter. Die Frau eilte nach der Laube und fand die Spur des Unholds. Ein Maschinenmeister teilte ihr mit, daß er einen Mann mit dem Kinde gesehen und auch wahrgenommen hatte, daß das Kind weinte. Als er den Mann darüber zur Rede stellte, hatte er einen glaubwürdigen Grund angegeben. Als er hörte, was wirklich vorgegangen war, fuhr er sofort mit seinem Rad dem Verbrecher nach, machte unterwegs noch einen Beamten der Schutzpolizei auf den Gesuchten aufmerksam und lotete ihn in Wilmersdorf ein. Der Täter spielte die den Enttäuschten, zog einen Revolver und schlug auf den Maschinenmeister an, um seine Festnahme zu verhindern. Dieser aber kam einem Schuß mit einigen kräftigen Ohrfeigen zuvor. Der Verhaftete wurde festgehalten als ein 26 Jahre alter Kaufmann Walter Kriffhaff aus Wilmersdorf, wo er seit langer Zeit ein Verbandsgefäß betreibt. Bei seinem Verhör leugnete er die Taten. Die mißhandelten Mädchen aber erkannten den Verhafteten, der ihnen inmitten einer Gruppe anderer Männer vorgestellt wurde, sofort heraus. Schließlich fand man bei ihm auch noch die blaue Karte, mit der er sich als Polizeibeamter ausgeben hatte. Es ist eine Radfahrerkarte, die unten den Polizeistempel trägt.

Brotpreiserhöhung ab 16. Juni.

Infolge der Kohlenpreiserhöhung und der Heraufhebung der städtischen Tarife hat der Magistrat in den letzten Tagen mit den Organisationen der Bäckermeister Groß-Berlins über eine Erhöhung der Preise für Marktbrot verhandelt. Es wurde beschlossen, ab 16. Juni die Preise für Marktbrot auf 16,25 M., für eine Schrippe auf 56 Pf. festzusetzen. Marktfreies Brot wird vom gleichen Tage 16 M. (1400 Grammen), die weiße Schrippe eine Mark pro Stück kosten.

Stadtbibliothek auf Wanderschaft.

Die Darmstädter Bar' kommt doch in den Markstall.

Die Darmstädter Bar soll nun trotz der einstimmigen Ablehnung, die die Verlegung der Stadtbibliothek in dem Ausschuss für das Bildungswesen gefunden hatte, vom Schinkelplatz in den Markstall am Schloßplatz bzw. in der Breiten Straße überführt werden. Der Magistrat ist beabsichtigt vom Magistrat für Bibliothekszwecke, für das städtische Fuhramt, die Erwerbstätigenfürsorge, das Anstaltswesen usw. vom Fiskus auf mehrere Jahre mit Optionsrecht gemietet worden. Der Fiskus ist damit einverstanden, daß dieser Mietvertrag auf die Darmstädter Bar übertragen wird, die den Ankauf plant. Das noch immer moderne Gebäude der Darmstädter Bar am Schinkelplatz überläßt die Bar dem Magistrat für eine angemessene Miete. Es wird nun nach den Wünschen des Stadtbaurats Geh. Rat Prof. Dr. Ludwig Hoffmann für Zwecke der städtischen Bibliothek vollständig umgebaut. Auch der Markstall erfährt einen totalen Umbau im Innern. Für diese Transaktion, Einrichtung neuer Räume usw. für die städtischen Verwaltungen (Anstaltswesen usw.) wird von der Bar für Handel und Industrie eine Entschädigung in Höhe von 12 Millionen Mark gezahlt.

Die Stadtbibliothek soll also wieder mindestens ein halbes Jahr lang der Berliner Bevölkerung entzogen werden. Es wäre doch vorteilhafter, die Bücherregale gleich mit Räubern zu versehen, so daß sich künftige Umzüge ohne allzu große Mühe leicht ausführen lassen. Die Nachricht von der neuen Verlegung der Bibliothek wird in ihrem weiteren Verlauf große Entrüstung hervorrufen, die auch durchaus verständlich erscheint.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Bürgerliche Gemeindepolitik.

Sobald ein Stadt- oder Gemeindeparlament eine sozialistische Mehrheit hat, wird sehr oft von Bürgerlichen ungeschickte Kritik an der Arbeit anderer Genossen geübt. Die beliebtesten Schlagwörter „Futterkripenwirtschaft“, „Parteilosigkeit“ usw. sollen die vermeintliche Minderwertigkeit der Sozialisten den Wählern in möglichst greifbarer Weise ersichtlich machen. Man täuscht den Wählern vor, daß, sobald Bürgerliche die Fäden in der Hand hätten, natürlich für jeden das Himmelreich auf Erden herbeigeführt würde. Wie ganz anders es aber in Wirklichkeit aussieht, wenn sie einmal die Mehrheit in den Gemeindevorständen haben, wird durch das Beispiel des Gemeindeparlaments von Eichwalde gezeigt.

Wie zum vorigen Jahre hatten die sozialistischen Parteien in diesem Vorort eine knappe Mehrheit. Das war den Bürgerlichen ein Dorn im Auge, sie legten deshalb ihre Kommittee im Gemeindeparlament nieder und erreichten mit Hilfe des früheren Innenministers Dominicus, daß die Gemeindevorstellung aufgelöst wurde. Bei der Neuwahl im Herbst vorigen Jahres erhielten die Bürgerlichen die Mehrheit mit einem Mandat. Ihre Heldendurst schwoll nach diesem großen Sieg so, daß sie schon in der ersten Sitzung den bisher kommissarisch beschäftigten sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, der gegen eine für die heutigen Verhältnisse äußerst bescheidene Aufwandsentschädigung die Gemeindevorstellung verlor, seines Amtes enthob. An seine Stelle wurde ein deutschnationaler Referendar, ein altes Semester, mit Hilfe des Landrates von Adenbach gesetzt. Die Bürgerlichen umhüllten ihre für jeden Einwohner unverständliche Handlungsweise mit dem Sparfahnenmantel, indem sie in der Gemeindevorstellung und gegenüber dem Landratsamt die feierliche Erklärung abgaben, der von ihnen als Gemeindevorsteher in den Sattel gehobene Deutschnationale würde die Amtsgeschäfte vollständig ehrenamtlich, d. h. kostenlos versehen. Schon nach wenigen Wochen verspurte die bürgerliche Mehrheit einen neuen Nachschub. Sie änderte den Beschluß auf Anstellung eines Gemeindevorstehers ohne Dienstentlohnung, diesem Herrn nunmehr eine Besoldung nach Gruppe 10 der staatlichen Besoldungsordnung zu gewähren. Die Gemeinde hat jetzt ihren Vorsteher, der nach der Landgemeindevorstellung nur gegen eine Aufwandsentschädigung angestellt werden darf, als Gehalt das Dreifache von dem zu zahlen, was der sozialistische Vorsteher als Dienstaufwandsentschädigung erhielt. Durch ihren Beschluß haben die bürgerlichen Gemeindevorsteher sich mit den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch gesetzt.

In einer Gemeindevorstellung am 27. April d. J. sollte laut Tagesordnung der Haushaltsplan für 1922/1923 beraten werden. In anderen Parlamenten ist es Sitte, daß vor Annahme des Etats eine eingehende Beratung stattfindet. Die bürgerlichen Gemeindevorordneten in Eichwalde forderten ohne Beratung eine En-bloc-Akklamation. Als die sozialistischen Gemeindevorsteher sich dagegen wehrten, kam es durch das in unparlamentarischen Zwischenrufen sich äußernde provozierende Verhalten der bürgerlichen Gemeindevorordneten zu einer vorzeitigen Schließung der Sitzung. Besonders toll sich der deutschnationale Gemeindevorordnete Ministerialbeamte Boike hervor. Er, der in einer Kriegervereinsversammlung erklärt hatte, Sozialdemokraten seien überhaupt keine Deutsche, hatte den traurigen Mut, einen unruhigen Parteigenossen, der den völlig hilflosen und als Versammlungsführer unfähigen Gemeindevorsteher auf die einfachsten parlamentarischen Gebräuche aufmerksam machen wollte, einen Vagner zu nennen. Anstatt den Deutschnationalen in die parlamentarischen Schranken zurückzuweisen, sah der Gemeindevorsteher, sein Glaubensgenosse, sich veranlaßt, die Sitzung zu schließen. So konnten die ihm politisch naheliegenden Gemeindevorordneten die Entscheidung verhindern. Sie haben aber auch alle Ursache, eine Entscheidung zu vermeiden, weil der Etat nicht nur grobe Mängel aufweist, sondern auch im Widerspruch mit der Landgemeindevorstellung steht.

In der nächsten Gemeindevorstellung am 4. Mai beantragten die Bürgerlichen wieder En-bloc-Akklamation des Etats. Der erneute Einspruch der sozialistischen Vertreter war nutzlos. Selbst der Demofrat Vogt, Vorsitzender der deutsch-demokratischen Partei in Eichwalde, ließ sich als willfähriges Werkzeug von dem deutschnationalen Boike und dem Gemeindevorsteher Friedrich gebrauchen, indem auch er für En-bloc-Akklamation ohne eingehende Beratung stimmte. Der bürgerlichen Mehrheit, die eine Entscheidung hintertrieben hat, wäre von den sozialistischen Gemeindevorordneten nachgewiesen worden, wie skrupellos in den letzten Monaten sogenannte Kommunalpolitik getrieben wurde. Außerst tüchtige, in den verschiedenen Betrieben tätige Gemeindevorordnete wurden durch andauernde Anwesenheiten von Mitgliedern der rechtsstehenden Parteien fortgetrieben. An ihre Stelle wurden Personen gestellt, die ihrem Vollen nicht im geringsten gewachsen sind. Infolgedessen werden Betriebe, wie die Gasversorgung, die im vorigen Jahre noch mit einem Reingewinn von mehreren hunderttausend Mark ihr Geschäftsjahr abschließen konnten, sich in Zukunft völlig unrentabel gestalten.

Derartige Beispiele könnten noch viele angeführt werden. Aber das hier Gesagte dürfte genügen, jedem Eingesehen zu beweisen, wozu es führt, wenn in der Kommunalverwaltung deutschnationale und deutschvolksparteiliche Parteilosigkeit getrieben wird.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überlegend keller. Nacht 1551, in den Mittagsstunden ziemlich warm, bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

111. Abt. Behnhofstr. 1. Vorkonferenz früh 6 Uhr: Familienbesuch nach Eichwalde. Samstagspunkt bei H. Schulzenbörger Straße.

Gewerkschaftsbewegung

Aus dem Reiche Hugo Stinnes'.

Bekanntlich hat Herr Stinnes jüngst einen Dampfer vom Stapel gelassen und ihn auf den Namen Carl Legien getauft. Soll diese Benennung auf Legien mehr als die Laune eines Augenblinks sein, dann legt sie Herrn Stinnes auf sozialem Gebiete mindestens die gleichen Verpflichtungen auf, die jeder verständige Arbeitgeber erfüllt. Da der vielbeschäftigte Herr Hugo Stinnes sich natürlich nicht um jede Kleinigkeit kümmern kann, wollen wir ihm verraten, wie heute noch seine Angestellten bezahlt werden. Es erhalten Stenotypistinnen, jüngere Buchhalter, kaufmännische Hilfskräfte um 1500 bis 2300 Mark monatlich. Qualifizierte Angestellte, z. B. selbständige Kaufleute, Architekten, Zeichner usw. erhalten Gehälter von 2700 bis 3500 Mark monatlich. Abteilungsleiter, also verantwortliche Angestellte mit durchweg akademischer Vorbildung beziehen Gehälter zwischen 4200 und 6000 Mark. Profuristen des Herrn Stinnes aber erhalten 7500 Mark monatlich.

Nach diesen Ziffern ist erklärlich, daß es der Firma unannehmlich ist, wenn etwa die Organisationen der Angestellten sich um die Regelung der Gehaltsbedingungen kümmern. Dem Betriebsrat wurde deshalb unter dem 24. März 1922, wie aus der Niederschrift über eine Besprechung zwischen der Geschäftsleitung, vertreten durch die Herren Generaldirektor Wilmour, Geh. Rat Dr. Peters, Direktor Pfeiffer und von Rohrscheidt, mit dem Betriebsrat, hervorgeht, dieser genötigt, sein Einverständnis zu den nachfolgenden drei Punkten zu erklären:

1. Der Betriebsrat ist einverstanden, daß die Gehaltsregelung ohne Hinzuziehung irgendeines Verbandsvertreters, insbesondere des Zentralverbandes für Angestellte (ZVA) vorgenommen wird. Der Betriebsrat wird der ZVA mitteilen, daß er auf eine Mitwirkung eines Vertreters der ZVA bei der Gehaltsregelung verzichtet.
2. Der Betriebsrat ist einverstanden, daß Einschränkungen und demzufolge Entlassungen vorgenommen werden. Er verzichtet auf ein Einspruchsrecht gegenüber den notwendigen Entlassungen.
3. Der Betriebsrat ist einverstanden, daß die Gehaltsregelung unter Ausschaltung irgendeines bestehenden oder festzusetzenden Hausrates vorgenommen wird.

Der Betriebsrat erklärt zu allen drei Punkten sein Einverständnis.

Die Gesetze gelten auch für die Unternehmungen von Hugo Stinnes. Es heißt mit der wirtschaftlichen Machtstellung schärfsten Mißbrauch treiben, wenn man die gesetzlichen Vertreter der Angestellten eines Betriebes zwingt, um in den Genuss der ohnehin schon infolge der Geldentwertung notwendigen ziffermäßigen Gehaltserhöhung zu kommen, auf ihre Rechte sowohl aus dem Betriebsratsgesetz wie auf die Mittel ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu verzichten.

Wenn die größten Unternehmungen in Deutschland derart „führen“ vorangehen, darf man sich wahrlich nicht wundern, wenn die geringen Sympathien für die Arbeitsgemeinschaften in Arbeitnehmerkreisen immer mehr schwinden.

Das ganze Leben Carl Legiens war der Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer gewidmet, ihrer freimärklichen Organisation und der Erringung gesetzlicher Rechte. Damit zugleich der Bekämpfung derartiger Praktiken, der Anechtung und Entziehung der Arbeitnehmer. In seinem Sinne handeln wir, wenn wir uns mit aller Macht gegen solche Unterdrückungsmaßnahmen wehren und sie bekämpfen.

Zum Streik der Engros-Schlächter.

Die gestrigen Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar blieben ohne Erfolg. Der Streik geht weiter. Entgegen den falschen Nachrichten ist zu beachten, daß es sich nicht um einen wilden Streik handelt. Der Streik ist von den Gewerkschaften anerkannt, da es sich um eine berechtigte Aktion handelt.

Der Streik soll angeblich das Fleisch verteuern. Nach den Behauptungen der Arbeitgeber steht auch ohne Besellen genügend Fleisch zur Verfügung. Es wird also jeder Lohn „gespart“. Da muß man doch annehmen, daß das Fleisch billiger wird. Trotzdem tritt das Gegenteil ein. Und warum? Weil für Streikbrecher pro Nacht 1000 M. Lohn gezahlt wird, weil die Engros-Schlächtermeister einen Aufschlag von 30 bis 35 Prozent nehmen, der jeder Berechnung entbehrt. Es ist festzustellen, daß verschiedene Meister am letzten Marktag 30 000 bis 40 000 Mark an einem einzigen Tage verdienen. Also sozial, wie die streikenden Gesellen in einem halben Jahre als Lohn verlangen. Zentralverband der Fleischer.

Schiedspruch für die Hochbahner.

Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern für das Fahrpersonal und die Arbeiter der Hochbahn ein Schiedspruch nach längeren Verhandlungen gefällt. Danach ist den Fahrern und Schaffnern eine Stundenzulage von 1,50 bis 1,60 M. Handwerker eine solche von 2,10 M. zubilligt worden. Die Zulage für Bekehrte und der Kinderzuschlag wurde um 1 M. pro Stunde erhöht. Die Hochbahner werden Anfang nächster Woche sich über den Schiedspruch zu entscheiden haben.

Jugendfragen.

Die Jugendsektion des Metallarbeiterverbandes hatte die Betriebsräte der Metallindustrie zu einer Aussprache über Lehrlingsfragen geladen. Wehner erklärte aus, daß der Betriebsrat sich bei der Einstellung von Lehrlingen damit mehr befassen müsse. Es ist schon oft erwiesen worden, daß der Lehrling für die bestimmte Branche überhaupt gar nicht geeignet sei. Die Lehrlingsverfahren, die geschaffen worden sind, sollten überall bei Einstellung von Lehrlingen angewandt werden. Die Technische Hochschule Charlottenburg und das Berufskolleg Berlin nehmen Prüfungen an Lehrlingen vor, um zu sehen, ob dieser oder jener für die betreffende Branche in Frage kommt. Die VEG, Vorsig, Loewe usw. haben ebenfalls ein Prüfungssystem eingeführt. Ferner ist es dringend notwendig, daß der Betriebsrat den Lehrvertrag etwas näher ansieht und darauf achtet, daß ein solcher Entschädigungsanspruch nicht mehr enthalten ist. Die Entschädigung für die Lehrlinge muß sich nach den jeweiligen Tariffähigkeiten richten. Die Ferienfrage von Lehrverträgen bedarf einiger Aufmerksamkeit. Ein Verograph muß unbedingt darauf verzichten, es ist der, der das Vorgehen und die Bedingungen der Lehrlinge behandelt. Eine vornehmte Aufgabe des Betriebsrates muß es ferner sein, daß er darauf achtet, was der Jugendliche für seine geistige Bildung tut. Die Lehrlingsfrage ist eine Frage auch der Eltern. Darauf sollte ein äußerst reger Austausch von Erfahrungen der Betriebsräte. Leider sind es gerade die Eltern, die sich gegen jede Einmischung des Betriebsrates in Lehrlingsfragen wenden. Hat der Jugendliche kein Talent zum betreffenden Fach, so sollen die Eltern keinen Zwang ausüben. Weiter muß der Unterricht theoretischer Art während der Arbeitszeit stattfinden. Wehner erklärte noch, wenn die Löhne der Lehrlinge eine Verbesserung erfahren sollen, so muß die Vollmacht der Eltern in anderen Händen sein. In den Lehrlingsübersichtsmappen sollen die Eltern geladen werden, damit diese wichtigen Fragen ihre Erörterung finden. Die neuen Entschädigungsfrage ab 22. Mai sind im Juni-Mitteilungsblatt der „Metallarbeiterjugend“ enthalten. Diese Versammlungen der Betriebsräte sollen jetzt laufend fortgesetzt werden.

Berlin. In den Abt. Zell: Frau Kluge. Berlin-Charlottenberg: Frau Kluge. Berlin. Verlag: Verlagsgesellschaft G. m. b. H. Berlin. Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einbände: L.

